

Antragsmacher wollen Klarheit

Initiatoren von „Gießen 2035Null“ kritisieren Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz / Gruppe lädt Beteiligte zu Gesprächen ein

Von Stephan Scholz

GIESSEN. Mit ihrem Votum für den Bürgerantrag „Gießen 2035Null“ hat die Stadtverordnetenversammlung im vergangenen September dafür gestimmt, Gießens Klimaneutralität im Jahr 2035 als Ziel rechtsverbindlich festzuschreiben. Darauf hat Lutz Hiestermann bereits im Dezember hingewiesen. Nun wenden sich der Vorsitzende des Vereins „Lebenswertes Gießen“ und weitere Unterstützer des Antrags erneut an die Öffentlichkeit. Anlass sind unter anderem Ausführungen von Dietlind Grabe-Bolz. In ihrer Neujahrsrede hatte die Oberbürgermeisterin das Klimaziel des Antrags kommentiert: „Das Unmögliche anstreben, um das Mögliche zu erreichen“, ist die Maxime für unser Tun.“

Mit ihren Äußerungen zum Klimaziel habe die OB bei den Organisationen, die die Kampagne unterstützen, für Klärungsbedarf gesorgt, teilt der „Koordinationskreis 2035Null“ mit. „Damit gibt die OB einerseits zu verstehen, dass für sie das Erreichen des Klimaziels in den Bereich des Unmöglichen fällt. Andererseits wird mit dieser Aussage nachträglich sowohl die rechtliche Verbindlichkeit des im Bürgerantrag formulierten Ziels als auch die Verbindlichkeit des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme des Antrags relativiert“, kritisiert Hiestermann. Dies konterkariere natürlich den ganzen Bürgerantrag.

„Genau diese Rechtsverbindlichkeit war und ist der Kern des Bürgerantrags, den über 1400 Gießenerinnen und Gießener unterschrieben haben. Die unverbindlichen Erklärungen der Vergangenheit, in denen sich die Stadt Gießen zum Beispiel zur Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2010 verpflichtet hatte, waren weitestgehend ohne Konsequenzen geblieben, sie haben also nicht weitergeholfen“, ergänzt Gerhard Keller von der Gruppe „Extinction Rebellion Gießen“. Sie gehört zu den Organisationen, die den Bürgerantrag unterstützen.

„Wenn man der Meinung ist, dass die Klimaneutralität bis 2035 nicht erreicht werden kann oder soll, hätte man dies vor der Abstimmung offen diskutieren beziehungsweise den Antrag dann ablehnen müssen“, erklärt Hiestermann. Nun habe man offenbar Angst vor der eige-



Immer wieder gehen Menschen für den Klimaschutz in Gießen auf die Straße. Das Thema hat auch Eingang in den Antrag „Gießen 2035Null“ gefunden.

Archivfoto: Frieze

nen Courage bekommen, was sich auch darin spiegelt, dass die Stadt bislang nichts über den Beschluss auf der eigenen Internetseite publiziert habe. Auch der erst Ende des letzten Jahres veröffentlichte aktuelle Energiebericht der Stadtwerke erwähne den Beschluss nicht. „Die im ‚Koordinationskreis 2035Null‘ vertretenen Organisationen erwarten, dass man sich aufseiten der Offiziellen auf den Kern des Beschlusses besinnt. Dies bedeutet, dass alles städtische Handeln und Planen unter Klimavorbehalt zu stellen ist und keine Beschlüsse mehr getroffen werden dürfen, durch die dem Erreichen des 2035er-Klimaziels entgegengewirkt wird“, erläutert der Kreis. Die Gruppe begrüßt die Vorgabe der OB, die Klimaneutralitätsverpflichtung in den neuen Verkehrsentwick-

lungsplan zu stellen. Ebenfalls wichtig sei allerdings, das Klimaziel als Chance für die Stadt zu begreifen und aktiv eine Aufbruchstimmung für eine klimagerechte Stadtentwicklung zu erzeugen. Da bislang weder Magistrat noch Stadtverwaltung oder Koalitionsfraktionen Kontakt zu den Initiatoren des Bürgerantrags gesucht hätten, haben die nun zu entsprechenden Gesprächen eingeladen.

Niemand könne derzeit beantworten, ob Gießen mit seinen 90 000 Einwohnern 2035 tatsächlich klimaneutral sein kann, hatte die OB in ihrer Neujahrsrede ausgeführt und in diesem Zusammenhang auf die Maxime vom Anstreben des Unmöglichen, um das Mögliche zu erreichen, verwiesen. Grabe-Bolz führte zudem aus, dass sich die Stadt mit dem Stadtverordnetenbeschluss ver-

pflichtet habe, Klimaschutz und Klimaneutralität künftig zum Maßstab städtischen Handelns zu machen. Zwar habe man in den letzten Jahren bereits einiges in Sachen Klimaschutz unternommen. „Ich weiß aber auch: Das reicht nicht. Wir müssen noch entschiedener, klarer, gezielter, transparenter, aber vor allem auch schneller vorankommen“, betonte die Oberbürgermeisterin. Die Sozialdemokratin hatte zudem hervorgehoben, dass sie „die Polarisierung unserer Gesellschaft verhindern will.“ Maßnahmen zum Klimaschutz müssten sozialverträglich gestaltet werden, so die OB, die zum Thema Rechtsverbindlichkeit des Bürgerantrags Ende vergangenen Jahres mehrfach eine Organisationsverfügung für die Verwaltung ins Gespräch gebracht hatte.